

p.B.15.51.A.9 - WG/SLU

3003 Bern, 6. Mai 1987

Aufzeichnung

Gespräche zwischen einer Delegation des Bundesrates  
und dem Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland,  
Richard von Weizsäcker  
4. Mai 1987

---

Bundespräsident Aubert begrüsst Präsident von Weizsäcker und übergibt ihm das Wort.

Bundespräsident von Weizsäcker dankt für die Einladung. Bilaterale Probleme sind nicht zu behandeln. Zum Thema der Flüchtlings- und Ausländerpolitik gibt es gegenseitig keine unerfüllten Wünsche, vielmehr wäre ein Erfahrungsaustausch nützlich - in der Schweiz wird diese Frage manchmal etwas konsequenter behandelt als in der BRD.

Bundesrätin Kopp: Mit administrativen Massnahmen kann das Problem besser bewältigt werden, der Zustrom aus der Dritten Welt bleibt. Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe sollten mit dem Flüchtlingsproblem verbunden werden. Alle europäischen Staaten sollten gemeinsam Anstrengungen unternehmen, um die Entstehung von Flüchtlingsströmen zu vermeiden, und um Lösungen für diejenigen zu finden, die die Bedingungen für Asyl nicht erfüllen.

Bundespräsident von Weizsäcker: Das ist sicher die beste, aber auch die schwierigste Konzeption, da damit die interne Situation in Ländern der Dritten Welt geändert werden müsste. Die Schweiz und die BRD bleiben aber Magneten für Asylbewerber.

Bundesrätin Kopp: Es zeichnet sich die Möglichkeit ab, z.B. in Sri Lanka Flüchtlingslager zur Reintegration von Rückkehrern zu unterstützen.

Bundesaussenminister Genscher: Das Ziel der BRD ist, das Uebel an der Wurzel zu packen. Dabei müsste die UNO eine friedensstiftende Rolle spielen. Die Ursache für Flüchtlingsströme sind nicht nur interne, sondern auch externe Kriege oder beides.

Bundespräsident von Weizsäcker: Ein Problem sind auch die lange Verfahrensdauer und die Leichtigkeit, einen Asylantrag zu stellen, dazu kommt die verbrecherische Rolle von Schleppern. Dagegen wurden in der BRD Vorkehrungen und auch eine Verabredung mit der DDR getroffen.



Bundesrätin Kopp: Die Verfahrensdauer und die leichte Asylbeantragung führen zu einem Teufelskreis. Wachsende fremdenfeindliche Tendenzen und die Gewährung von "Privatasyl" bewirken zudem eine Polarisierung.

Bundespräsident von Weizsäcker: In der BRD hat die Fremdenfeindlichkeit abgenommen. Die Lage ist aber je nach Land verschieden, in Frankreich und Grossbritannien bestehen ganz andere Probleme mit Ausländern.

### Ost-West-Beziehungen und Lage in der UdSSR

Bundespräsident von Weizsäcker: Die UdSSR befindet sich in einer Systemkrise, die sie durch Reformen im Inneren und durch die Zusammenarbeit mit dem Westen bewältigen will. Der Abstand zum Westen im wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Bereich ist neben der Verschuldung das Hauptmotiv für die Suche nach mehr Effektivität. Die Frage stellt sich, wie ernst es ihr dabei ist. Man sollte sich um den Test bemühen, ob eine systemöffnende Form der Koexistenz und Kooperation möglich ist. Rüstungskontrolle und -minderung haben eine grosse Bedeutung, geben aber keine Antwort für eine solche Kooperation. Unser Besuch in Moskau steht auch unter dem Zeichen dieses Tests, und nicht vorgefasster Meinungen.

Bundespräsident Aubert: Wir sind uns bewusst, welche Bedeutung diese Fragen auf Grund der Stellung und Lage der BRD für sie haben. Die Beziehungen und Kontakte zwischen der BRD und der UdSSR sind deshalb in allen Bereichen überaus wichtig.

Bundespräsident von Weizsäcker: Die erste Aufgabe des Westens ist, auf die Vorschläge betreffend Rüstungskontrolle einheitlich zu reagieren und den USA Wünsche und Vorschläge zu übermitteln. Militärische Belange sind nicht das einzige Thema. Isolierte Abrüstungsergebnisse führen nicht zum Frieden, die Kausalität ist im allgemeinen umgekehrt. Die sowjetischen Vorschläge entsprechen zum Teil genau denen, die der Westen vor einigen Jahren gemacht hat. Sie können jetzt nicht desavouiert werden. Im wirtschaftlichen Bereich gehört die Zusammenarbeit im Felde der Ausbildung, vor allem der Managementausbildung, zu den Bedingungen für eine bessere Zusammenarbeit von Unternehmen. Die UdSSR muss dezentralisieren und direkte Kontakte zwischen Wirtschaftspartnern ermöglichen, um die Voraussetzungen für funktionierende joint ventures zu schaffen.

\*

\*

\*

p.B.15.51.A.9. - WG/SLU

3003 Bern, 6. Mai 1987

Aufzeichnung

Gespräche zwischen einer Delegation des Bundesrates  
und dem Bundesminister des Auswärtigen  
der Bundesrepublik Deutschland,  
Hans Dietrich Genscher,  
4. Mai 1987

---

Bundespräsident Aubert: Die Schweiz befolgt bekanntlich die Maxime der dauernden und bewaffneten Neutralität, und ihre Armee ist ausschliesslich für die Verteidigung konzipiert. Die Schweiz kann deshalb nicht an vorderster Front bei Gesprächen über Abrüstung teilnehmen, da sie nicht früher abrüsten kann, als die Staaten der Militärallianzen. Wir verfolgen die Initiativen der UdSSR mit Interesse und würden Abrüstungsmassnahmen begrüssen - aber nicht zu jedem Preis.

Bundesaussenminister Genscher: Die BRD tritt für eine aktive und starke Rolle Westeuropas ein. Der erste Versuch einer Verbesserung der Beziehungen USA/UdSSR Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre wurde genutzt, um auch für Europa Verbesserungen zu erreichen. Ohne diese Entwicklung wären die Ostverträge, das Viermächteabkommen über Berlin und die KSZE nicht möglich gewesen. Diese Ergebnisse haben auch in Zeiten der Verhärtung Bestand behalten. Die innerdeutschen Beziehungen haben sich gut entwickelt, und die Besuche aus der DDR nach der BRD haben einen grossen Umfang erreicht. Jetzt erleben wir eine Phase erneuter Annäherung zwischen den USA und der UdSSR. Das Ziel muss mehr Sicherheit und Stabilität sein. Einseitige Abrüstung brächte nur Instabilität.

Im Bereich der SRINF hat die UdSSR drei Hindernisse (Beseitigung der amerikanischen FBS, Einbezug der britischen und französischen Waffen, Verbindung zu SDI) erst aufgebaut und dann wieder beseitigt. Wenn bei den INF eine Null-Lösung getroffen wird, muss vermieden werden, dass die UdSSR diese umgeht mit Lenkwaffen kürzerer Reichweite. Eine Regelung über die SRINF muss nach westlicher Auffassung weltweit gelten. Damit verbunden ist die Frage, welche Rolle die Nuklearwaffen für Europa haben. Die Strategie der NATO ist, Kriege zu verhindern, und nicht, sie zu gewinnen. Ein nur konventionelles Gleichgewicht kann allein Kriege nicht mit Bestimmtheit verhindern. Der Unterschied zwischen NATO und Warschauer Pakt liegt weniger in der Zahl der Soldaten, sondern in der Bewaffnung und in der Fähigkeit bzw. Unfähigkeit, Aktionen im gegnerischen Raum durchzuführen. Die BRD ist wie Frankreich der Meinung, dass Neutrale an den Ver-

- 2 -

handlungen über konventionelle Abrüstung teilnehmen, da verschiedene Neutrale ein hohes Bewusstsein - ein höheres sogar als einige NATO-Staaten - für die konventionelle Ueberlegenheit des Ostens haben und deshalb gute Ratgeber wären.

Bezüglich der Entwicklungen in der UdSSR sollten wir nicht von Liberalisierung, sondern von Oeffnung sprechen. Das Informationsmonopol des Regimes ist zerbrochen, wie es auch extrem in der DDR der Fall ist. Auch die Produktionsbedingungen ändern sich, neue Technologien bringen eine Individualisierung der Arbeitswelt, die Kontrolle wird somit erschwert und die Abschottung der Information ist nicht mehr möglich. Die UdSSR kann eine Modernisierung nur dann erfolgreich durchführen, wenn sie bereit ist, prinzipielle Aspekte des Systems in Frage zu stellen. Gelingt dies nicht, so entstehen innenpolitische Probleme. Diese Entwicklung liegt auch in unserem Interesse; wir sollten langen Atem haben und versuchen, die Entwicklung mitzugestalten.

Auf eine Frage von Bundesrätin Kopp erklärt Genscher, dass Gorbatschew im sowjetischen Machtgefüge eine feste Stellung habe. Da sofortige materielle Erfolge im Innern nicht möglich sind, ist Gorbatschew an Ergebnissen in der Aussenpolitik vor allem interessiert.

Auf die Frage von Staatssekretär Blankart, ob nicht Grenzen der Machbarkeit, Grenzen des Technologietransfers, mangelnder Schutz geistigen Eigentums und ein Mangel an Markt- und Entscheidungsfreiheit die Rahmenbedingungen für joint ventures einengten, antwortet Genscher, dass sowjetische Unternehmungen bestimmt nicht genügend kooperationsfähig sind. Gorbatschew kennt das Problem, weiss aber keine Antwort. Ein weiteres Problem ist, dass in der UdSSR Entwicklungen der Militärtechnologie nicht an den zivilen Bereich weitergegeben werden.

\* \* \*

## LISTE DER DELEGATIONEN

### BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

- BUNDESPRÄSIDENT DR. RICHARD VON WEIZSÄCKER
- BUNDESMINISTER DES AUSWÄRTIGEN HANS-DIETRICH GENSCHER
- STAATSSSEKRETÄR DR. KLAUS BLECH, CHEF DES BUNDESPRÄSIDENTIALAMTS
- DELEGATION AUS DEM PRÄSIDENTIALAMT UND DEM AUSWÄRTIGEN AMT

### SCHWEIZ

- BUNDESPRÄSIDENT PIERRE AUBERT, VORSTEHER DES EDA
- BUNDESRÄTIN ELISABETH KOPP, VORSTEHERIN DES EJPD
- BUNDESRAT FLAVIO COTTI, VORSTEHER DES EDI
- STAATSSSEKRETÄR FRANZ BLANKART, DIREKTOR DES BAWI, EVD
- VIZEKANZLER ACHILLE CASANOVA
- DELEGATION AUS DEM EDA

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT  
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

p.B.15.51.A.9. - WG/SLU

3003 Bern, 7. Mai 1987

VERTRAULICH

					ED
					EDA
					Visa
					Datum
					an
					a/a

Staatsbesuch des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland,  
Richard von Weizsäcker, 4. - 6. Mai 1987  
Aufzeichnungen über die Präsidenten- und Aussenministergespräche

- Herrn Bundespräsident P. Aubert, Vorsteher des EDA
- Frau Bundesrätin E. Kopp, Vorsteherin des EJPD
- Herrn Bundesrat F. Cotti, Vorsteher des EDI
- Herrn Staatssekretär F. Blankart, Direktor des BAWI, EVD
- Herrn Staatssekretär E. Brunner
- Herrn Vizekanzler A. Casanova

- Generalsekretariat EDA
- Direktion für internationale Organisationen
- Direktion für Völkerrecht
- Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe
- Politische Abteilung II
- Protokoll
- Politisches Sekretariat
- KSZE-Dienst
- Politische Sonderfragen
- Finanz- und Wirtschaftsdienst
- Integrationsbüro EDA/EVD
- Presse und Information

an	WER FREIRE MAL KA	a/a
Datum	18.5.	
Visa	W. K. H. W.	
EDA	10. MAI 1987	
Ref.	p.B.15.51.A.9.	

mapu, mapu...

Schweizerische Botschaften in den KSZE-Staaten:

Ankara	Budapest	London	Prag
Athen	Bukarest	Luxemburg	Rom
Belgrad	Den Haag	Madrid	Sofia
Beirut	Dublin	Moskau	Stockholm
Berlin/DDR	Helsinki	Oslo	Warschau
Bonn	Kopenhagen	Ottawa	Washington
Brüssel	Lissabon	Paris	Wien

Schweizerische Missionen:

Brüssel  
Genf/UNO  
New York/UNO

PIA, WS, WA

\* \* \*

Wir übermitteln Ihnen beigeschlossen zwei Aufzeichnungen über die Gespräche, die eine Delegation des Bundesrates am 4. Mai 1987 mit Bundespräsident von Weizsäcker und anschliessend mit Bundesausserminister Genscher geführt hat.

POLITISCHE ABTEILUNG I

F. Pianca  
F. Pianca